



„Wir brauchen einen klaren Notfallplan“

Während viele Familien monatelang auf die **Pflegeeinstufung** warten, stemmen pflegende Angehörige die **Betreuung** oft allein. Über **4.100 Unterschriften** sollen nun den Druck auf das Land erhöhen. Parallel dazu wurde ein entsprechender **Beschlussantrag** eingereicht.

von Sylvie Debelyak

Und schlagartig steht das eigene Leben Kopf. Wenn man in eine Situation gerät, in der ein Elternteil, der Partner oder manchmal sogar das eigene Kind plötzlich auf Hilfe im Alltag angewiesen ist und man als Angehöriger Verantwortung für einen pflegebedürftigen Menschen übernimmt. „Man wird ins kalte Wasser geschmissen. Aber wir tun das aus Liebe und Verantwortung“, sagt Monika Sinn.

Als pflegende Angehörige ihrer beiden Eltern weiß sie selbst genau, was das bedeutet: rund um die Uhr unter Strom zu stehen, ständig auf der Suche nach einer passenden Betreuung zu sein, im eigenen Beruf kürzerzutreten – und dabei immer die große Kostenfrage im Hinterkopf zu haben, die wegen der zusätzlichen Ausgaben wie eine schwere Sorge auf den Schultern lastet.

Tatsächlich tragen pflegende Angehörige einen großen Teil der Versorgung im Land. Größtenteils wird diese ehrenwerte Aufgabe nach wie vor von Frauen übernommen. Nicht selten stoßen Angehörige dabei jedoch selbst an ihre gesundheitlichen und wirtschaftlichen Grenzen. Und vom System fühle man sich häufig vergessen, wie Sinn schildert. Insbesondere dann, wenn es um die Pflegeeinstufung geht, die darüber entscheidet, ob und ab wann pflegebedürftige Menschen das Pflegegeld erhalten, um damit die Betreuung zu organisieren. „Trotz all der Anstrengungen findet man sich schließlich in einer Situation wieder, in der man nicht mehr weiterweiß. Man wartet Monate auf eine Entscheidung. Diese Ungewissheit ist kaum auszuhalten.“

Stattdessen erhalte man vielfach „unwürdige Antworten“ oder „faule Ausreden“. „Man hangelt sich von Tag zu Tag“, erzählt Sinn weiter. Und die vorgesehene Übergangslösung wird zum Dauerzustand. Der Frust und die Enttäuschung über die stagnierende Situation stehen ihr sichtlich ins Gesicht geschrieben. Wie Sinn geht es auch vielen anderen pflegenden Angehörigen. Das belegen auch die Daten. Im Jahr 2025 wurden 7.421 Ansuchen um Pflegeeinstufung eingereicht, bearbeitet werden konnten lediglich 3.374 – also nur



Angehörige pflegen:
„Wir brauchen ein System, das uns unterstützt und nicht zusätzlich belastet.“

Foto: Sumbhobhan (iStock.com)



v.l.n.r.: Monika Sinn (pflegende Angehörige), Landtagsabgeordnete Maria Elisabeth Rieder, Ulrike Hilber (diplomierten Krankenpflegerin und Initiatorin der Petition)

etwas mehr als die Hälfte. Die durchschnittliche Wartezeit beträgt derzeit rund sieben Monate. Gesetzlich vorgesehen wäre hingegen eine Bearbeitungsfrist von 60 Tagen. Für betroffene Familien bringt das nicht nur organisatorische Unsicherheit mit sich, sondern häufig auch erhebliche finanzielle Belastungen, wenn die monetäre Unterstützung des Landes oftmals erst Monate später erfolgt. In einigen Fällen seien Pflegebedürftige sogar noch vor der Einstufung verstorben, wie Sinn weiß. „Wir brauchen ein System, das uns unterstützt und nicht zusätzlich belastet. Sieben Monate und mancherorts sogar zehn Monate Warten auf das Pflegegeld sind einfach zu lang“, beklagt sie.

Um auf die dramatische Situation hinzuweisen, in der sich viele Familien befinden, hat sich Sinn deshalb der Petition „Wir warten nicht mehr“ angeschlossen. Initiatorin davon ist die diplomierte Krankenpflegerin Ulrike Hilber: „Die Pflege in Südtirol muss wieder verlässlich, gerecht und vor allem zeitnah abgesichert werden. Diese Petition ist ein Zeichen für viele pflegende Angehörige in Südtirol, die neben

Krankenhäusern, Alters- und Pflegeheimen die dritte Säule sind, die Pflege gewährleisten. Fallen sie uns weg, sind wir nicht in der Lage, die Situation zu kompensieren. Es braucht deshalb ein Konzept, die häusliche Pflege als tragende Säule aufrechtzuerhalten.“

Die aktuell 17 im Einsatz stehenden Einstufungsteams seien angesichts der steigenden Anzahl an Gesuchen an personeller Sicht nicht ausreichend. Parallel dazu hat Maria Elisabeth Rieder deshalb gestern im Rahmen einer Pressekonferenz zusammen mit Monika Sinn und Ulrike Hilber den von ihr eingebrachten Beschlussantrag vorgestellt. Einen längst überfälligen „Notfallplan“, wie die Team-K-Abgeordnete betont – gegen die Verzögerungen bei der Pflegeeinstufung. Unterstützt wird dieser neben dem Team K auch von den Grünen, der STF, Andreas Leiter Reber, Renate Holzseisen, Jürgen Wirth Anderlan, Thomas Widmann sowie Sandro Repetto.

Vorgesehen ist ein Maßnahmenpaket zur raschen Entlastung: Der Beschlussantrag sieht deshalb vor, offene Anträge kurzfristig von Amts wegen einzustufen, zusätzlich Verwaltungspersonal des Sanitätsbetriebes befristet einzubinden, externe fachlich qualifizierte Leistungserbringer vertraglich zu beauftragen und einen interdisziplinären Arbeitstisch unter Beteili-

gung von Fachleuten sowie Vertreterinnen und Vertretern pflegender Angehöriger einzurichten.

„Pflege beginnt mit dem Bedarf – nicht erst mit der Auszahlung einer Leistung. Wenn Menschen sieben Monate auf eine Einstufung warten müssen, entsteht eine Versorgungslücke, die von den Angehörigen geschlossen wird – oft unter enormer psychischer und finanzieller Belastung. Wir brauchen jetzt einen klaren Notfallplan. Als Erstes muss der Stau an Gesuchen abgearbeitet werden. Wenn außergewöhnliche Belastungen bestehen, müssen auch außergewöhnliche Maßnahmen ergriffen werden“, betont Rieder.

„Trotz all der Anstrengungen findet man sich schließlich in einer Situation wieder, in der man nicht mehr weiterweiß. Man wartet Monate auf eine Entscheidung. Diese Ungewissheit ist kaum auszuhalten.“

Monika Sinn (pflegende Angehörige)

Die über 4.100 Unterschriften der Petition werden am heutigen Mittwoch vor Beginn der Landtagssitzung an die zuständige Landesrätin Rosmarie Pamer übergeben. In der Erwartung, dass der Berg an Gesuchen, die sich auf den Schreibtischen stapeln, endlich abgearbeitet – oder digitalisiert – wird. „Es gibt Möglichkeiten – man muss sie nur auch nutzen“, betont Monika Sinn abschließend.